

ÜWG – Fraktion zum Haushalt 2020 der Gemeinde Lützelbach

Rede des Fraktionsvorsitzenden Georg Raab

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

in meiner Stellungnahme zum Beratungsergebnis der Ausschüsse habe ich schon einige Zahlen zum Haushalt genannt. Deshalb möchte ich mich nun auf allgemeinere Aussagen beschränken.

Die Gemeinde Lützelbach ist nach den Kriterien des KFA als grundsätzlich finanziell leistungsschwach einzustufen.

Wir haben ausreichende Liquiditätsreserven, so dass eine Inanspruchnahme von Kassenkrediten nicht vorgesehen ist.

Ausreichend Spielraum zur Finanzierung der aktuell geplanten Investitionen, hatte ich letztes Jahr gesagt???. Natürlich kann man hier feststellen, hätten wir uns den Spielraum mit Reduzierung der Schulden in den letzten 10 Jahren nicht geschaffen, wäre die Frage nach dem Spielraum berechtigt.

Ich wiederhole eine Aussage von Dr. Walter Wallmann bei der Vorstellung des Kommunalberichts 2017:

„Ausgaben und Leistungen nicht an einnahmestarken Jahren orientieren“

Die größten Ertragspotentiale bestehen bei der Grundsteuer B → sie bringt bei der Erhöhung um 10 Pkt. ca. 16.625 €.

Kamen wir im letzten Jahr um eine Erhöhung noch herum, so trifft es uns in diesem Jahr deutlich. Die Erhöhung der Grundsteuer A und B von 385 auf 435 Punkten, soll uns 90.000 € bringen und die Erhöhung der Gewerbesteuer von 365 auf 380 Punkte ca. 38.000 €.

Bei einem Haushaltsüberschuss von 11.029 € ist klar, wo wir ohne die Erhöhung stehen würden.

Von 385 auf 435 Punkte ist eine Erhöhung um knapp 13%. Was bei Lohnsteigerungen um 3 % bedenklich ist. Es zeigt uns somit auch, dass die Erhöhung kein Regelfall werden darf.

Ich weiß natürlich nicht, wer von euch am eigenen Haus gerechnet hat. Bei mir sind es – bei 4 Personen im Haus – 13 € pro Person im Jahr.

In einem Mehrfamilienhaus mit 20 Personen macht dies beispielsweise 7,60 € pro Person aus. Nicht vergessen dürfen wir aber die alleinstehenden Personen in einem Haus, die deutlich höhere Zuwächse haben.

Bad König plant im Entwurf 2020 mit der Anhebung der Grundsteuer B von 490 auf 660 Punkte. Das wären 374.000 € Mehreinnahmen bei Übertragung der Erhöhung auf Lützelbach, was wir aber hoffentlich nie erreichen werden.

***** Jeder Konsolidierungsvorschlag hilft, (weitere) Anhebung Realsteuern zu vermeiden.**

Es bleibt uns zu hoffen, dass der Odenwaldkreis auch seinen ständig steigenden und auch von oben zugewiesenen Aufgaben gerecht werden kann, sonst droht uns mit einer Erhöhung der Kreisumlage ein Desaster.

Wir sind also in Lützelbach gut beraten auch weiterhin eine sparsame Haushaltspolitik zu leben.

Alle Entscheidungen, die wir hier treffen, müssen wir bezüglich der Folgekosten überdenken. Wir wollen unsere Verpflichtungen nicht nur an den einnahmestarken Jahren orientieren, da wir hochgradig fremdgesteuert sind.

Die Gestaltung unserer Infrastruktur fordert deshalb ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein.

Verwaltung:

Ständig anstehende neue Programme und Gesetzesänderungen neben der täglichen Arbeit fordern unsere Beschäftigte enorm. Die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes sei hier als Beispiel genannt. Vom Bund beschlossen stehen uns in den nächsten 3 Jahren Investitionen von jeweils 40.000 € ins Haus. Verbunden mit einem hohen Fortbildungsbedarf für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zuschüsse, Entlastungen von Seiten des Bundes – Fehlanzeige.

Wir müssen deshalb auch Sorge dafür tragen, dass unsere Beschäftigten entsprechend ihrer Leistung gut bezahlt werden und uns nicht den Rücken zu kehren.

Ich wiederhole meine Aussage aus dem letzten Jahr: Für uns erscheint es sinnvoll, dass neben den Stellenbewertungen aus Mitgliedern des Gemeindevorstandes und der Verwaltung eine Stellenbewertungskommission gebildet wird, die sich mit den Auswirkungen der Stellenbewertung auseinandersetzt.

Bauhof:

Wir legen sehr großen Wert darauf, dass unsere Gemeinde optisch einen sauberen Eindruck hinterlässt. Dies kostet Geld. Von den Pflegearbeiten auf den Friedhöfen übernehmen wir einen Großteil der Kosten, da wir alle die Meinung vertreten, Friedhöfe stellen ein Stück Kultur der Gemeinde dar. Bei allen Bauhofleistungen und Maschinenkäufen sollte aber der Blick hin zur interkommunalen Zusammenarbeit gelenkt werden.

Wir sollten aber auch bei allen Überlegungen zu Investition auf und um die Friedhöfe das Gebot der Nachhaltigkeit vor Augen haben. Deshalb war es sinnvoll, dass wir bei einer Rundfahrt die Handlungsbedarfe gesichtet haben.

Unsere Bauhofmitarbeiter machen eine gute Arbeit. Mit der Übertragung von Verantwortung auf jeden Einzelnen muss der Blick für ein positives Erscheinungsbild unserer Gemeinde geschärft werden. Es gilt nicht nur die Arbeitszettel abzuarbeiten, sonstige offensichtliche Handlungsbedarfe sind kurzfristig zu erledigen.

Die Verwaltung muss dabei aber auch einen Blick für das Erscheinungsbild unserer Gemeinde entwickeln. Ein paar Blümchen da oder dort pepen das Bild auf und tun gleichzeitig ihren Dienst im Rahmen des Umweltschutzes und der Biodiversität.

Der Bürgermeister macht oft, wie anlässlich der Bürgerversammlung auf Personalengpässe aufmerksam. Es geht uns aber allgemein um eine Arbeitsökonomie. In der Bürgerversammlung wurde auch wieder das Parkproblem angesprochen und dazu möchte ich ein Beispiel nennen. Ich denke es sind mittlerweile drei Jahre her, dass sich die Verkehrskommission mit der Parkmarkierung in der oberen Mainstraße beschäftigt hat. In wie vielen Sitzungen und Gesprächen wurde immer wieder der Fortgang der Arbeiten hinterfragt. Wir bekommen die Fälle ganz einfach nicht vom Tisch. Das ist frustrierend für alle, die sich in dem Bereich engagieren. Weiterhin muss man fragen welches Bild zeichnet sich bei den Anliegern ab, die zu Gesprächen geladen waren und jetzt passiert nichts mehr.

Parksituation in der Lessingstraße und Schulstraße. Wie oft wurde die Situation angesprochen? Von Bürgern kritisiert, klare Auskünfte sind schwierig, sollten aber doch möglich sein. Wenn Personen mit Migrationshintergrund beteiligt sind, kann man sich vorstellen, wie in der Öffentlichkeit argumentiert wird. Die Situation um die Container in der Schulstraße ist ebenfalls ein Dauerbrenner. Dies nur einige Punkte aus Lützel-Wiebelsbach, ich denke aus anderen Ortsteilen könnte man Ähnliches berichten. Ein konsequentes Abarbeiten der Themen wäre hier hilfreich.

In der Hoffnung in vielen Bereichen Besserung zu erzielen haben wir zu Beginn des Jahres den Antrag auf Herausgabe eines INFO-Blattes gestellt. Auch wenn gleich befürchtet wurde, es wäre nur ein Blatt in dem der Bürgermeister den Zeigefinger erhebt. Das kann sein, muss nicht sein, würde aber bestimmt von vielen Bürgern positiv aufgenommen.

Brandschutz:

Die ÜWG-Fraktion schätzt den ehrenamtlichen Einsatz aller Feuerwehrkräfte. Wir stellen uns unserer Aufgabe, die Wehren in der Ausübung ihrer Tätigkeiten zu unterstützen. Mit der Überarbeitung der Gebührensatzung haben wir einen weiteren Beitrag zur Einnahmensteigerung geleistet.

Kinder, Jugend und Familien:

Eine familienfreundliche Gemeinde zeichnet sich durch vielfältige Infrastrukturleistungen aus. Wir arbeiten gemeinsam ständig an der Optimierung unseres Betreuungsangebotes in KiTas und Schulen. Wir wissen, dass die Optimierungsbemühungen nicht zur Verbesserung der Haushaltssituation beitragen. Aber diese Aktivitäten dienen dazu der demographischen Entwicklung entgegenzuwirken.

Dazu zählt auch die Ausweisung von Baugebieten, wobei dadurch der bestehende Handlungsbedarf in der Betreuungssituation noch verstärkt werden kann. Die U3-Betreuung hat im ersten Moment dazu beigetragen, die Auslastung unserer Kindergärten zu stabilisieren. Mittlerweile ist aber daraus ein Handlungsbedarf im Bereich der räumlichen Erweiterung erwachsen, dem wir uns in diesem Jahr gestellt haben.

Wir mussten allerdings im laufenden Jahr wieder Erfahrungen machen, die uns zu denken geben. Getrieben von Fristen eines Förderprogrammes haben wir auf die Schnelle Planungen erstellen lassen, die anscheinend nicht nur der ÜWG-Fraktion Bauchschmerzen bereiten. Es ist immer wieder zu hinterfragen, hätten wir ohne den Zeitdruck und ohne die avisierten Zuschüsse genauso gehandelt. Die ÜWG-Fraktion hatte von Beginn an den Standort in Seckmauern in Frage gestellt, da wir mit einer Bebauung am alten Standort auch die Situation des Außenbereichs der KiTa verbessern wollten. Mit der Umstellung der Planung auf drei-Gruppigkeit waren dieser Verbesserung des Spielplatzbereichs enge Grenzen gesetzt. Auch die vorgestellte Planung konnte uns nicht überzeugen. Aber auch hier wird einer Zeitplanung hinterhergejagt, von der niemand sagen kann, ob sie von irgendeiner Relevanz ist. Nach Auffassung der ÜWG-Fraktion, die den Beschlüssen bisher einstimmig gefolgt ist, weil auch wir uns unter Druck haben setzen lassen, gehen wir einen Weg, den wir später wahrscheinlich mit Kopfschütteln überdenken werden. Es fehlt unserer Meinung nach der Plan B, was den KiTa Bau in Seckmauern anbelangt. Niemand hat bisher wirklich ernsthaft hinterfragt, ob eine Bebauung im Außenbereich mit einem kommunalen Projekt wie einer KiTa möglich und zeitnah umsetzbar wäre. Auch wenn die Planung der KiTa schon fortgeschritten ist, betrifft die Planung ein Gebäude, das man an verschiedenen Orten aufstellen kann. Unterschiedlich sind lediglich die tangierenden Baumaßnahmen im Außenbereich, die aber an einem anderen Standort wahrscheinlich unproblematischer wären.

Wir haben uns durch ein Förderprogramm des Bundes treiben lassen, das uns bitter enttäuscht hat. Dem Bund ist der Ausbau der KiTas so wichtig, dass er 250.000 € pro Gruppe hinzugibt, aber nur für einige wenige.

Hoffen wir auf das Landesprogramm von 40 Mio. von dem der Odenwaldkreis alleine schon 10 Mio. verbauen könnte. Was wird geschehen? Werden wieder nur einige bedient? Wird im Gießkannensystem über Hessen ausgeschüttet und jeder muss sich dann Fragen, ob die Förderbeträge eine Reglementierung im Förderprogramm

noch rechtfertigen. Nichts wissen wir. Es passt zur Vorweihnachtszeit. Wir hoffen auf Geschenke, können uns aber vorstellen, dass wir wieder enttäuscht werden.

Zur KiTa-Situation in Lützel-Wiebelsbach bleibt festzustellen, dass wir zeitnah eine Containerübergangslösung diskutieren sollten. Egal, wie wir uns entscheiden, sollte der Handlungsspielraum bis zum nächsten Kindergartenjahr gesichert werden.

Trotz aller Überlegungen zum Ausbau des Betreuungsangebotes gilt, nach wie vor, für die Zukunft einer Gemeinde im ländlichen Raum sind bezahlbare KiTa-Plätze von besonderer Bedeutung.

Dorfgemeinschaftshäuser, Hallen und Vereine:

Die Arbeit der ehrenamtlich Tätigen kann von einer Gemeinde finanziell nie ausgeglichen werden. Deshalb sind auch Zuschüsse zu den Dorfgemeinschaftshäusern, Hallen und Sportplätzen als ein Teil der Vereinsförderung und Förderung der Jugendarbeit zu sehen. Notwendige Renovierungsarbeiten an Sportplätzen sollten zielstrebig angegangen werden.

Die beschlossenen Maßnahmen im Rahmen der Dorferneuerung und des KIP sollen weiter umgesetzt werden.

Im Rahmen der Mittelbereitstellung aus der Hessenkasse können wichtige Baumaßnahmen realisiert werden.

Die Gemeinde muss ihren Ergänzungsbeitrag da und dort leisten. Das Problem besteht in der fristgerechten Umsetzung der Maßnahmen um die Mittel erhalten zu können. Alle Kommunen und der Odenwaldkreis wollen in diesem geforderten Zeitraum die Gelder verbauen, wer (welche Firmen) soll dies leisten können.

Bei allen investiven Maßnahmen ist aber Sorge zu tragen, dass die Planungen so gestaltet werden, dass negative Überraschungen in der Ausführung vermieden werden können, siehe das Projekt Rathausumfeld oder das Hofhaus in Rimhorn.

Handlungsbedarf besteht auch bei unseren Straßen. Wir wollen uns einer ergebnisoffenen Diskussion über die Gestaltung von Straßenbeiträgen stellen, die bis zum Herbst 2019 abgeschlossen sein sollte, hatte ich letztes Jahr gesagt. Wir sind zumindest so weit, dass ein digitales Straßenzustandskataster im Rahmen eines IKZ-Projektes erstellt wird, das die Grundlage für weitere Überlegungen bieten soll.

Zum Schluss noch einige Ausführungen zum Stellenplan.

Die geplanten Erweiterungen im KiTa-Bereich machen im Wesentlichen die Erweiterung der Stellen aus. Im Bereich der Arbeitnehmer des Sozial- und Erziehungsdienstes fällt zuerst einmal auf, dass zum 30.06.2019 lediglich 11,41 Stellen besetzt waren und im Haushalt 2020 über 22 Stellen veranschlagt sind. Der Bürgermeister hat aber die Veränderungen bis zum Ablauf des Jahres verbunden mit

zusätzlichen Vollzeitstellen, Elternzeitregelungen und auch zusätzliche Stellen für eine drei-gruppige KiTa Führung ab Sommer in Seckmauern erläutert. Besonders begrüßt die ÜWG die Bereitstellung einer zusätzlichen Ausbildungsstelle in unseren Kindergärten mit dem Blick auf den Fachkräftemangel. Begrüßt wird auch, dass in der Ausbildungsfrage ein neuer Weg eingeschlagen wird. Mit Fördermittel des Landes entsteht das „piA-Projekt“ (praxisintegrierte Ausbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin / zum staatlich anerkannten Erzieher). In diesem neuen Ausbildungsgang erfolgt eine Ausbildung entsprechend des dualen Systems. Die Studierenden sind zunächst 2 Tage pro Woche in der KiTa und 3 Tage in der Beruflichen Schule des Odenwaldkreises. Die Ausbildung dauert drei Jahre und die Auszubildenden erhalten von Beginn an eine Ausbildungsvergütung. Es ist lobenswert, dass die Gemeinde Lützelbach sich auch dieser Aufgabe im Rahmen der Fachkräfteakquise stellt.

Aufgrund der vielfältigen Aufgaben sehen wir auch weiterhin die Notwendigkeit einer verantwortungsbewussten Haushaltsführung. Bei allen Entscheidungen sollten wir im Blick haben, unsere Gemeinde so zu gestalten, dass sie für unsere Nachkommen attraktiv bleibt und auch zukünftig ein Gestaltungsspielraum erhalten wird.

Die ÜWG – Fraktion bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde für die geleistete Arbeit im ablaufenden Jahr. Unser Dank gilt auch den Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die in Vereinen und Organisationen unzählige Stunden ehrenamtliche Arbeit leisten im Sinne unseres Gemeinwesens.

Ein besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für die Zusammenstellung des Zahlenwerkes und die Bereitschaft für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung zu stehen. Ein Haushalt 2020 in 2019 eingebracht und verabschiedet stellt eine besondere Herausforderung auch für die folgenden Jahre dar.

Die ÜWG-Fraktion wird dem Haushalt mit allen Anlagen zustimmen.